

II-5401 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2742 13

1992-04-01

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pable, Meisinger, Dr. Gugerbauer, Mag. Peter, Mag. Praxmarer
an den Bundesminister für Inneres
betreffend die geplante Auflassung des Gendarmeriepostens Micheldorf (Oberösterreich)

Im Juli des Vorjahres hat der Bundesminister für Inneres angekündigt, kleine Gendarmerieposten im Rahmen des Dienststellenstrukturkonzeptes 1991 aufzulassen und mit anderen Dienststellen zusammenzulegen. Unter den aufzulassenden Posten wurde auch das GPK Micheldorf (Oberösterreich) angeführt. Nun sind den unterfertigten Abgeordneten jedoch Informationen zugekommen, welche die Erhaltung dieser Dienststelle aus sicherheitspolitischen Gründen eindeutig nahelegen.

Die Gemeinde Micheldorf umfaßt knapp 51 Quadratkilometer und weist eine Einwohnerzahl von rund 5.560 Personen auf. Neben zahlreichen Mittel- und Kleinbetrieben sind im Gemeindegebiet auch 8 Großbetriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten angesiedelt. Das GPK Micheldorf hat darüber hinaus mehrere Banken, Schulen, Einkaufszentren sowie ein Postamt, ein Sportstadion, ein Altenbad, einen Segelflugplatz, ein Hängegleiterfluggelände, die Pyhrnbahnverbindung Linz - Selzthal und insbesondere die verkehrsmäßig überlastete Pyhrnpaßbundesstraße (B138) zwischen den beiden Autobahnteilstücken der A 9 sicherheitspolizeilich zu überwachen. Die Dienststelle (systemisierter Personalstand: 7 Beamte) ist derzeit mit nur 6 Gendarmen besetzt und weist seit Jahren die größte Arbeitsbelastung (927 Einwohner pro Beamten) sämtlicher Dienststellen des Bezirkes Kirchdorf auf. So mußten im Vorjahr 124 Verkehrsunfälle mit Sachschaden und 56 Unfälle mit Personenschaden (5 Todesopfer) registriert werden. Darüber hinaus ist aufgrund der Infrastruktur dieser Region (industrielles Einzugsgebiet) mit einer weiteren Zunahme der Kriminalität zu rechnen. Im Hinblick auf den großen Arbeitsanfall erscheint daher die Aufstockung des derzeitigen Personalstandes durchaus zweckmäßig. Aus diesen Gründen hat auch die Personalvertretung des Bezirkes Kirchdorf und der Micheldorfer Gemeinderat sich entschieden gegen die geplante Auflassung ausgesprochen. Diese Maßnahme würde letztlich auch den Richtlinien des Dienststellenstrukturkonzeptes widersprechen, da das GPK Micheldorf bereits mit dem gegenwärtigen Personalstand keinesfalls als "Kleinposten" im Sinne des Erlasses einzustufen ist.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Entspricht es den Tatsachen, daß die Auflassung des Gendarmeriepostens Micheldorf (Oberösterreich) geplant ist?
- 2) Werden Sie die entsprechenden Veranlassungen treffen, damit diese Dienststelle aus den genannten Gründen der betroffenen Bevölkerung erhalten bleibt und, wenn nein, warum nicht?